

**GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/205681]

**20. JULI 2022 — Erlass der Regierung zur Ausführung des Dekrets
vom 22. November 2021 über die elektronische Überwachung im Rahmen der Strafvollstreckung**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 22. November 2021 über die elektronische Überwachung im Rahmen der Strafvollstreckung, Artikel 5 § 1 Absatz 2, Artikel 9 Absatz 2, Artikel 11 Absatz 2, Artikel 14 Absatz 2 und Artikel 24, abgeändert durch das Dekret vom 23. Mai 2022;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 25. Februar 2022;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 3. März 2022;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 71.256/1 des Staatsrates, das am 19. April 2022 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Begriffsbestimmungen

Zusätzlich zu den in Artikel 2 des Dekrets erwähnten Begriffsbestimmungen versteht man für die Anwendung des vorliegenden Erlasses unter:

1. Dekret: das Dekret vom 22. November 2021 über die elektronische Überwachung im Rahmen der Strafvollstreckung;

2. Tagesbeschäftigung: die Zeitspanne, während der der Betroffene arbeitet oder einer Aus- oder Weiterbildung, mit dem Ziel der Wiedereingliederung auf dem Arbeitsmarkt, folgt;

3. Werktag: jeder Tag, der nicht ein Samstag, Sonntag oder gesetzlicher Feiertag ist.

Art. 2 - Zuständiger Dienst

Der für die Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung zuständige Dienst ist der Fachbereich Justizhaus des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

KAPITEL 2 — Kapazität

Art. 3 - Information über die Kapazität

Der zuständige Dienst teilt den auftraggebenden Behörden auf elektronischem Wege mindestens einmal im Monat und immer, wenn er es für erforderlich hält, den Stand seiner Kapazität mit, um sie über den Rahmen der Durchführung der Aufträge zu informieren.

KAPITEL 3 — Standardzeitplan und Vorfälle

Abschnitt 1 — Festlegung des Standardzeitplans

Art. 4 - Art. 4 - Standardzeitplan

§ 1 - Der in Artikel 11 des Dekrets erwähnte Standardzeitplan besteht aus einer durchgehenden Zeitspanne, die für die Tagesbeschäftigung des Betroffenen, seine Fortbewegung und seine Freizeitstunden vorgesehen ist.

Die Stundenanzahl des Standardzeitplans ist abhängig von der Tagesbeschäftigung des Betroffenen.

An Tagen, an denen der Betroffene keiner Tagesbeschäftigung nachgeht, wird ihm eine durchgehende Zeitspanne von vier Stunden, von acht Uhr bis zwölf Uhr, gewährt. Diese Zeitspanne ist insbesondere für die Arbeitssuche, für Aktivitäten im Zusammenhang mit der Resozialisierung oder der Unterstützung der Familie bestimmt.

An Tagen, an denen der Betroffene einer Tagesbeschäftigung von weniger als sechs Stunden nachgeht, wird ihm eine durchgehende Zeitspanne von acht Stunden gewährt.

An Tagen, an denen der Betroffene einer Tagesbeschäftigung von sechs Stunden oder mehr nachgeht, wird ihm eine durchgehende Zeitspanne von zwölf Stunden gewährt.

Wenn die Tagesbeschäftigung, die Arbeitssuche oder die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Resozialisierung oder der Unterstützung der Familie es rechtfertigen, kann die Zeitspanne aufgeteilt oder auf den unbedingt erforderlichen Zeitpunkt verschoben werden.

§ 2 - An Samstagen, Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen wird dem Betroffenen während des ersten Monats unter elektronischer Überwachung eine durchgehende Zeitspanne von vier Freizeitstunden gewährt. Diese Zeitspanne wird jeden Monat um zwei Stunden erhöht, bis zu einer Höchstanzahl von zehn Stunden.

Insofern der Betroffene an Samstagen, Sonntagen oder gesetzlichen Feiertagen einer Tagesbeschäftigung nachgeht, wird ihm die in Absatz 1 erwähnte Zeitspanne in der darauffolgenden Woche, außerhalb seiner Tagesbeschäftigung, gewährt.

§ 3 - Nach Verbüßung der Hälfte der zum Zeitpunkt der Entscheidung zur Gewährung der elektronischen Überwachung verbleibenden Freiheitsstrafe und insofern die auftraggebende Behörde keine gegenteilige Anweisung erteilt, wird der Standardzeitplan des Betroffenen durch den zuständigen Dienst abgeändert. Zu diesem Zweck informiert der zuständige Dienst die auftraggebende Behörde im Vorfeld über die Änderung des Standardzeitplans anhand eines Berichts.

Der abgeänderte Standardzeitplan verpflichtet den Betroffenen, von zweiundzwanzig Uhr bis sechs Uhr an seinem Wohnort anwesend zu sein.

In Abweichung von Absatz 2 kann der abgeänderte Standardzeitplan die Tagesbeschäftigung des Betroffenen berücksichtigen. In diesem Fall ist der Betroffene verpflichtet, außerhalb seiner Tagesbeschäftigung während einer durchgehenden Zeitspanne von acht Stunden an seinem Wohnsitz anwesend zu sein.

Art. 5 - Hafturlaub

§ 1 - Der Hafturlaub beginnt zwischen sechs Uhr und zehn Uhr und endet zwischen achtzehn Uhr und zweiundzwanzig Uhr.

Das Datum und die Zeitspanne des dem Betroffenen gewährten Hafturlaubs werden einvernehmlich mit dem Betroffenen festgelegt.

Vor und nach einem Hafturlaub ist der Betroffene verpflichtet, für mindestens dreißig Minuten an seinem Wohnort anwesend sein.

Am Tag des Beginns und am Tag des Endes des Hafturlaubs wird dem Betroffenen keine Zeitspanne an Freizeitstunden gewährt.

§ 2 - Insofern nicht anders von der auftraggebenden Behörde angegeben, können mehrere Hafturlaube aufeinanderfolgen, ohne die Verpflichtung eines dreißigminütigen Aufenthalts an dem Wohnsitz des Betroffenen zwischen den einzelnen Hafturlaubs.

§ 3 - Der Betroffene muss dem zuständigen Dienst jeden gewährten Hafturlaub fünf Werktage vor dem geplanten Antrittsdatum mitteilen.

Art. 6 - Art. 6 - Zusätzliche Zeitspannen

Eine zusätzliche Zeitspanne wird dem Betroffenen nur dann gewährt, wenn die Einhaltung einer individualisierter Sonderbedingung, die durch die Entscheidung über die Gewährung einer elektronischen Überwachung auferlegt wurde, dies erfordert oder die Ausführung einer formell rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung dies rechtfertigt.

Abschnitt 2 — Vorfälle

Art. 7 - Modalitäten zur Durchführung der Maßnahmen bei einem Verstoß gegen den Stundenplan

Verstößt der Betroffene gegen seinen Stundenplan, nimmt der zuständige Dienst Kontakt mit ihm auf, um die Situation zu klären und ihm gegebenenfalls bei der Lösung der Probleme zu helfen.

Der in Artikel 14 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets vorgesehene Verweis auf die Verpflichtungen des Betroffenen und die Mitteilung der Möglichkeit einer Neuberechnung des Stundenplans erfolgt über den schnellsten Kommunikationsweg.

Ab dem dritten festgestellten Verstoß gegen den Stundenplan zieht der zuständige Dienst dem Betroffenen die unrechtmäßig genutzten Stunden von seinen Freizeitstunden ab. Die Entscheidung wird dem Betroffenen schriftlich mitgeteilt.

Insofern der Betroffene seinen Stundenplan für mehr als vier Stunden nicht einhält, kann der zuständige Dienst über den schnellsten Kommunikationsweg eine Meldung an die auftraggebenden Behörden übermitteln.

Ist der Betroffene nicht erreichbar, erfolgt die in Absatz 4 erwähnte Meldung von Amts wegen.

KAPITEL 4 — Schlussbestimmungen

Art. 8 - Inkrafttreten Das Dekret tritt in Kraft:

1. am 1. September 2022 für die zu einer oder mehreren Freiheitsstrafen verurteilten Betroffenen, deren zu vollstreckender Teil mehr als zwei Jahre beträgt;

2. am 1. September 2023 für die zu einer oder mehreren Freiheitsstrafen verurteilten Betroffenen, deren zu vollstreckender Teil zwei Jahre oder weniger beträgt.

Art. 9 - Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt in Kraft:

1. am 1. September 2022 für die zu einer oder mehreren Freiheitsstrafen verurteilten Betroffenen, deren zu vollstreckender Teil mehr als zwei Jahre beträgt;

2. am 1. September 2023 für die zu einer oder mehreren Freiheitsstrafen verurteilten Betroffenen, deren zu vollstreckender Teil zwei Jahre oder weniger beträgt.

Vorliegender Erlass ist anwendbar auf alle ab diesem Datum ausgesprochenen Verurteilungen.

Art. 10 - Durchführungsbestimmung

Der Minister für Soziales wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 20. Juli 2022

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2023/205681]

20 JUILLET 2022 — Arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 22 novembre 2021 relatif à la surveillance électronique dans le cadre de l'application des peines

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 22 novembre 2021 relatif à la surveillance électronique dans le cadre de l'application des peines, l'article 5, § 1^{er}, alinéa 2, l'article 9, alinéa 2, l'article 11, alinéa 2, l'article 14, alinéa 2, et l'article 24, modifié par le décret du 23 mai 2022;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 25 février 2022;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 3 mars 2022;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 71.256/1, donné le 19 avril 2022, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Affaires sociales;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1^{er}. — Dispositions générales**Article 1^{er}. Définitions**

Outre les définitions mentionnées à l'article 2 du décret et pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1^o décret : le décret du 22 novembre 2021 relatif à la surveillance électronique dans le cadre de l'application des peines;

2^o occupation journalière : la période au cours de laquelle la personne concernée travaille ou suit une formation ou une formation continue à des fins de réinsertion sur le marché de l'emploi;

3^o jour ouvrable : tous les jours autres que le samedi, le dimanche ou les jours fériés légaux.

Art. 2. Service compétent

Le service compétent pour assurer la mise en œuvre et le suivi de la surveillance électronique est le département Maison de justice du Ministère de la Communauté germanophone.

CHAPITRE 2. — Capacité**Art. 3. Information sur la capacité**

Le service compétent communique aux autorités mandantes, par voie électronique, au minimum une fois par mois et chaque fois qu'il l'estime nécessaire, l'état de sa capacité afin de les tenir informées du contexte de l'exécution des missions.

CHAPITRE 3. — Horaire standard et incidents**Section 1^{re}. — Fixation de l'horaire standard****Art. 4. Horaire standard**

§ 1^{er} - L'horaire standard mentionné à l'article 11 du décret est composé d'une plage horaire continue consacrée à l'occupation journalière de la personne concernée, à ses déplacements et à ses heures de temps libre.

Le nombre d'heures de l'horaire standard dépend de l'occupation journalière de la personne concernée.

Les jours où la personne concernée n'a pas d'occupation journalière, une plage horaire continue de quatre heures, de huit heures du matin à midi, lui est octroyée. Cette plage horaire est notamment destinée à la recherche d'un emploi, aux activités en lien avec la réinsertion sociale ou au soutien familial.

Les jours où la personne concernée a une occupation journalière de moins de six heures, une plage horaire continue de huit heures lui est octroyée.

Les jours où la personne concernée a une occupation journalière de six heures ou plus, une plage horaire continue de douze heures lui est octroyée.

Si l'occupation journalière, la recherche d'un emploi, les activités en lien avec la réinsertion sociale ou le soutien familial le justifient, la plage horaire peut être fractionnée ou reportée au moment strictement nécessaire.

§ 2 - Les samedis, dimanches et jours fériés légaux durant le premier mois sous surveillance électronique, une plage horaire continue de quatre heures de temps libre est octroyée à la personne concernée. Cette plage horaire est majorée de deux heures chaque mois, jusqu'à un maximum de dix heures.

Si la personne concernée a une occupation journalière les samedis, dimanches ou jours fériés légaux, la plage horaire mentionnée à l'alinéa 1^{er} lui est octroyée la semaine qui suit, en dehors de son occupation journalière.

§ 3 - Après avoir exécuté la moitié de la peine privative de liberté restant à accomplir au moment de la décision d'octroi de la surveillance électronique et sauf instruction contraire de l'autorité mandante, l'horaire standard de la personne concernée est modifié par le service compétent. À cette fin, le service compétent informe au préalable l'autorité mandante de la modification de l'horaire standard au moyen d'un rapport.

L'horaire standard modifié impose à la personne concernée d'être présente à son domicile de vingt-deux heures à six heures.

Par dérogation à l'alinéa 2, l'horaire standard modifié peut tenir compte de l'occupation journalière de la personne concernée. Dans ce cas, la personne concernée est tenue d'être présente à son domicile durant une période continue de huit heures en dehors de son occupation journalière.

Art. 5. Congé pénitentiaire

§ 1^{er} - Le congé pénitentiaire commence entre six heures et dix heures et se termine entre dix-huit heures et vingt-deux heures.

La date et la plage horaire du congé pénitentiaire octroyé à la personne concernée sont déterminées d'un commun accord avec elle.

Avant et après un congé pénitentiaire, la personne concernée est tenue d'être présente à son domicile pendant au moins trente minutes.

Aucune plage horaire de temps libre n'est octroyée à la personne concernée les jours de début et de fin du congé pénitentiaire.

§ 2 - Sauf indication contraire formulée par l'autorité mandante, plusieurs congés pénitentiaires peuvent être cumulés sans que la personne concernée soit tenue d'être présente à son domicile pendant trente minutes entre chacun des congés.

§ 3 - La personne concernée doit communiquer au service compétent tout congé pénitentiaire octroyé, et ce, cinq jours ouvrables avant la date de début prévue.

Art. 6. Plages horaires supplémentaires

Une plage horaire supplémentaire n'est octroyée à la personne concernée que si le respect d'une condition particulière individualisée imposée par la décision d'octroi d'une surveillance électronique le nécessite ou si l'exécution d'une décision judiciaire ayant acquis force formelle de chose jugée le justifie.

*Section 2. — Incidents***Art. 7. Modalités de mise en œuvre des mesures prises dans le cadre d'un non-respect du programme-horaire**

Si la personne concernée ne respecte pas son programme-horaire, le service compétent prend contact avec elle afin de clarifier la situation et, le cas échéant, de l'aider à résoudre ses difficultés.

Le rappel à la personne concernée de ses obligations et l'information de la possibilité d'un recalcul du programme-horaire, prévus à l'article 14, alinéa 1^{er}, 2^o, du décret, se font par le moyen de communication le plus rapide.

Dès lors qu'un troisième non-respect du programme-horaire est constaté, le service compétent déduit les heures indûment utilisées par la personne concernée de ses heures de temps libre. La décision est notifiée par écrit à la personne concernée.

Si la personne concernée ne respecte pas son programme-horaire pendant plus de quatre heures, le service compétent peut le signaler aux autorités mandantes par le moyen de communication le plus rapide.

Si la personne concernée est injoignable, le signalement mentionné à l'alinéa 4 a lieu d'office.

*CHAPITRE 4. — Dispositions finales***Art. 8. Entrée en vigueur** Le décret entre en vigueur :

1^o le 1^{er} septembre 2022 pour les personnes concernées condamnées à une ou plusieurs peines privatives de liberté dont la partie à exécuter s'élève à plus de deux ans;

2^o le 1^{er} septembre 2023 pour les personnes concernées condamnées à une ou plusieurs peines privatives de liberté dont la partie à exécuter s'élève à deux ans ou moins.

Art. 9. Entrée en vigueur

Le présent arrêté entre en vigueur :

1^o le 1^{er} septembre 2022 pour les personnes concernées condamnées à une ou plusieurs peines privatives de liberté dont la partie à exécuter s'élève à plus de deux ans;

2^o le 1^{er} septembre 2023 pour les personnes concernées condamnées à une ou plusieurs peines privatives de liberté dont la partie à exécuter s'élève à deux ans ou moins.

Le présent arrêté est applicable à toutes les condamnations prononcées à partir de cette date.

Art. 10. Exécution

Le Ministre des Affaires sociales est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 20 juillet 2022.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement,
A. ANTONIADIS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2023/205681]

20 JULI 2022. — Besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet van 22 november 2021 betreffende het elektronisch toezicht in het kader van de strafuitvoering

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 22 november 2021 betreffende het elektronisch toezicht in het kader van de strafuitvoering, artikel 5, § 1, tweede lid, artikel 9, tweede lid, artikel 11, tweede lid, artikel 14, tweede lid, en artikel 24, gewijzigd bij het decreet van 23 mei 2022;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 25 februari 2022;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 3 maart 2022;

Gelet op advies 71.256/1 van de Raad van State, gegeven op 19 april 2022, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen***Artikel 1.** Definities

Naast de definities vermeld in artikel 2 van het decreet wordt voor de toepassing van dit besluit verstaan onder:

1^o decreet: het decreet van 22 november 2021 betreffende het elektronisch toezicht in het kader van de strafuitvoering;

2^o dagelijkse tijdsbezetting: de periode waarin betrokkene werkt of een opleiding volgt met het oog op herinschakeling op de arbeidsmarkt;

3^o werkdag: elke dag die geen zaterdag, zondag of wettelijke feestdag is.

Art. 2. Bevoegde dienst

De dienst die verantwoordelijk is voor de uitvoering en de opvolging van het elektronisch toezicht is het departement Justitiehuis van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

HOOFDSTUK 2. — *Capaciteit***Art. 3.** Informatie over de capaciteit

De bevoegde dienst deelt de stand van zijn capaciteit ten minste één keer per maand, en telkens wanneer hij dit nodig acht, elektronisch mee aan de opdrachtgevende overheden om ze op de hoogte te houden van de context van de uitvoering van de opdrachten.

HOOFDSTUK 3. — *Standaardtijdschema en incidenten**Afdeling 1.* — Vastlegging van het standaardtijdschema**Art. 4.** Standaardtijdschema

§ 1 - Het standaardtijdschema vermeld in artikel 11 van het decreet bestaat uit een ononderbroken periode die bezet is met de dagelijkse bezigheden, de verplaatsingen en de vrijetijdsbesteding van betrokkene.

Het aantal uren van het standaardtijdschema is afhankelijk van de dagelijkse tijdsbezetting van betrokkene.

Op dagen waarop betrokkene geen dagelijkse bezigheden heeft, wordt hem een ononderbroken periode van vier uur toegekend, van acht uur 's morgens tot twaalf uur 's morgens. Die periode is in het bijzonder bedoeld om werk te zoeken, activiteiten inzake resocialisatie te doen of het gezin te ondersteunen.

Op dagen waarop betrokkene een dagelijkse tijdsbezetting van minder dan zes uur heeft, wordt hem een ononderbroken periode van acht uur toegekend.

Op dagen waarop betrokkene een dagelijkse tijdsbezetting van zes uur of meer heeft, wordt hem een ononderbroken periode van twaalf uur toegekend.

Indien de dagelijkse bezigheden, het zoeken naar werk, de activiteiten inzake resocialisatie of het ondersteunen van het gezin zulks rechtvaardigen, kan de periode worden opgesplitst of naar de absoluut noodzakelijke tijdspanne worden verschoven.

§ 2 - Op zaterdagen, zondagen en wettelijke feestdagen krijgt betrokkene gedurende de eerste maand van het elektronisch toezicht een ononderbroken periode van vier uur voor vrijetijdsbesteding. Die periode wordt elke maand met twee uur verhoogd, tot een maximum van tien uur.

Indien betrokkene een dagelijkse tijdsbezetting heeft op zaterdagen, zondagen of wettelijke feestdagen, krijgt hij de periode vermeld in het eerste lid in de daaropvolgende week, buiten zijn dagelijkse tijdsbezetting.

§ 3 - Na het uitzitten van de helft van de vrijheidsstraf die nog moet worden ondergaan op het tijdstip van de beslissing tot toekenning van elektronisch toezicht en voor zover de opdrachtgevende overheid geen andersluidende aanwijzing geeft, wordt het standaardtijdschema van betrokkene door de bevoegde dienst gewijzigd. Daartoe stelt de bevoegde dienst de opdrachtgevende overheid vooraf in kennis van de wijziging van het standaardtijdschema door middel van een verslag.

Het gewijzigde standaardtijdschema verplicht betrokkene ertoe om van tweeëntwintig uur tot zes uur 's morgens op zijn verblijfplaats aanwezig te zijn.

In afwijking van het tweede lid kan het gewijzigde standaardtijdschema rekening houden met de dagelijkse tijdsbezetting van betrokkene. In dat geval is betrokkene ertoe verplicht om buiten zijn dagelijkse tijdsbezetting gedurende een ononderbroken periode van acht uur op zijn verblijfplaats aanwezig te zijn.

Art. 5. Penitentiair verlof

§ 1 - Het penitentiair verlof vangt aan tussen zes uur en tien uur 's morgens en eindigt tussen achttien uur en tweeëntwintig uur.

De datum en de tijdsperiode van het penitentiair verlof van betrokkene worden in onderlinge overeenstemming met betrokkene vastgesteld.

Voor en na een penitentiair verlof is betrokkene ertoe verplicht minstens dertig minuten op zijn verblijfplaats aanwezig te zijn.

Op de eerste en de laatste dag van het penitentiair verlof wordt hem geen vrije tijd toegekend.

§ 2 - Behoudens andersluidende bepaling van de opdrachtgevende overheid kunnen verscheidene perioden van penitentiair verlof op elkaar volgen, zonder dat betrokkene verplicht is dertig minuten op zijn verblijfplaats aanwezig te zijn tussen elke periode van penitentiair verlof in.

§ 3 - Betrokkene moet elk toegekend penitentiair verlof vijf werkdagen vóór de geplande begindatum aan de bevoegde dienst meedelen.

Art. 6. Aanvullende tijdsperiodes

Aan betrokkene wordt slechts een aanvullende tijdsperiode toegekend indien dit noodzakelijk is om te voldoen aan een specifieke, geïndividualiseerde voorwaarde die is opgelegd bij de beslissing om elektronisch toezicht toe te staan of indien dit gerechtvaardigd is door de uitvoering van een in kracht van gewijsde gegane beslissing.

*Afdeling 2. — Incidenten***Art. 7.** Nadere regels voor de uitvoering van de maatregelen bij niet-naleving van het uurrooster

Indien betrokkene zich niet aan zijn uurrooster houdt, neemt de bevoegde dienst contact met hem op om de situatie in de juiste context te plaatsen en om hem zo nodig bij het oplossen van de problemen te helpen.

Als betrokkene overeenkomstig artikel 14, eerste lid, 2°, van het decreet op zijn verplichtingen wordt gewezen en hem wordt meegedeeld dat zijn uurrooster herberekend kan worden, geschiedt dat via het snelste communicatiemiddel.

Vanaf de derde keer dat wordt vastgesteld dat betrokkene het uurrooster niet heeft nageleefd, trekt de bevoegde dienst de onrechtmatig gebruikte uren af van de vrije tijd van betrokkene. De beslissing wordt betrokkene schriftelijk meegedeeld.

Indien betrokkene zich gedurende meer dan vier uur niet aan zijn uurrooster houdt, kan de bevoegde dienst dat via het snelste communicatiemiddel aan de opdrachtgevende overheden melden.

Indien betrokkene niet bereikbaar is, geschiedt de melding bedoeld in het vierde lid van ambtswege.

*HOOFDSTUK 4. — Slotbepalingen***Art. 8.** Inwerkingtreding Het decreet treedt in werking:

1° op 1 september 2022 voor de personen die zijn veroordeeld tot een of meer vrijheidsstraffen waarvan het uit te zitten gedeelte meer dan twee jaar bedraagt;

2° op 1 september 2023 voor de personen die zijn veroordeeld tot een of meer vrijheidsstraffen waarvan het uit te zitten gedeelte twee jaar of minder bedraagt.

Art. 9. Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking:

1° op 1 september 2022 voor de personen die zijn veroordeeld tot een of meer vrijheidsstraffen waarvan het uit te zitten gedeelte meer dan twee jaar bedraagt;

2° op 1 september 2023 voor de personen die zijn veroordeeld tot een of meer vrijheidsstraffen waarvan het uit te zitten gedeelte twee jaar of minder bedraagt.

Dit besluit is van toepassing op alle veroordelingen die vanaf die datum worden uitgesproken.

Art. 10. Uitvoeringsbepaling

De minister bevoegd voor Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 20 juli 2022.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,
A. ANTONIADIS